

# Der Gesellschaftler

## Nachrichts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

September 1920

Freitag den 26. Oktober 1920

Druckerei, Stadt und Verlag von G. M. Salfer (Hess. Hof) Nagold.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Das Blatt enthält alle Nachrichten aus dem Oberamtsbezirk Nagold und ist für den Leser von großem Interesse. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Telegraphische Adresse: Gesellschaftler Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 5113.

erschient an jedem Werktag. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. — Preis: 25 Pf. — 51. Okt. 2,800,000,000 einl. Trägerlohn, 400 Millionen. — Grundpreis f. Anzeigen: Die einpaltige Zeile auf gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 70 Pf. Familienanz. 50 Pf. Diese Grundpreise sind in 12 Schritten, 12 Mal zu vermindern. Bei gerichtl. Vertreibung und Konkurs ist der Rabatt einjährig.

Nr. 251

Freitag den 26. Oktober 1920

97. Jahrgang

### Tagespiegel

Im holländischen Bezirk, im Senftenberger, Zeiser, Bornaer Revier stehen infolge Streiks alle Braunkohlengruben still.

Die Ministerpräsidenten der Bundesstaaten stellen sich in dem Streit Berlin-München auf die Seite der Reichsregierung. Die Reichstagszusammenkunft wurde auf nächste Woche verschoben.

Nachrichten aus Athen zufolge soll die griechische Regierung die Militärrebellion schon größtenteils unterdrückt haben.

### Der Aufstieg aus dem Sittlichen

In letzter Zeit ist von Regierungskreisen öfters davon die Rede gewesen, daß ein Aufstieg unseres Volkes nur vom Wenden der Sittlichkeit aus zu erwarten sei.

Der Begriff der Sittlichkeit ist umstritten. Nur über eine Sache herrscht allgemeine Übereinstimmung: die Förderung der selbstlosen Opferbereitschaft, der vorbehaltlosen Hilfsbereitschaft. Sie ist in den Mittelpunkt unseres privaten Schaffens wie unseres öffentlichen Lebens zu stellen. Die Aufgabe der Gegenwart. Nun ist es gewiß unmöglich, den Gedanken opferfreudigen Heterismus durch Gesetz oder Verordnung zu wecken. Er erwacht nur aus stiller Erziehungsarbeit, er muß vom einzelnen erlebt sein, um nachhaltig zu wirken. Es kann sich daher für die Reichsregierung nur darum handeln, denjenigen Kreisen die Betätigungsmöglichkeit zu sichern, die sich dieser Erziehungsarbeit und solcher opferwilligen Lebensführung widmen. Zu diesen Kreisen gehört vor allem die kirchliche Arbeit, zu deren Kerngedanken der Opfergedanke gehört. Ihn noch schärfer, noch anhaltender zu verkünden und zu verwirklichen, wird sie aber nur in der Lage sein, wenn die unaufhörlichen Schwierigkeiten beseitigt werden, die ihr in den letzten Jahren von kirchlich-ethischer Seite entstanden sind. Durch unser kirchliches Leben geht seit fünf Jahren ein starkes Streben der Laien abzielend auf die Heranziehung der Gemeindeglieder zu opferwilliger Mitarbeit bei der Bekämpfung der geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Nöte unserer Tage. Die gerade Kraft dieser Bewegung erweist sich daraus, daß sie trotz aller Widerstände forschreitet. Aber sie würde weit größere Erfolge aufweisen können, wenn sie nicht einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit auf die Abwehr der gegen sie gerichteten Angriffe verwenden müßte. Vielfach hat die kirchlichen Betriebe die Abwehr der finanziellen Mittel der Kirche zu schweren Schäden an ihrer Arbeit geführt. Hier müßte einmal Wandel zu schaffen, würde eine Tat der Reichsregierung sein. Man hätte bisher den Eindruck, als läge es im Rahmen der Reichsregierung an einer Stelle, die sich ständig und nachhaltig mit diesen Fragen beschäftigt. Wir einmal an einem Staatssekretär des Sittlichen Wiederaufbaus. Er ist nicht minder wichtig wie die für den wirtschaftlichen Aufbau zahlreich vorhandenen Stellen.

Und ein ganz anderes Gebiet. Am gewaltigsten war der Hilfsbedarf in Deutschland durchgeführt auf dem Gebiet der sozialen Versicherung. Was hier in stiller Arbeit geleistet worden ist, wird immer ein Ruhmesblatt deutscher Geschichte bleiben. Heute droht der sozialen Versicherung und dem in ihr verkörperten Gedanken gemeinsamer Hilfeleistung der Zusammenbruch. Die Folgen eines solchen sind unaussprechlich. Die Ursache der mitleidigen Lage ist, wie überall, die Wertunbeständigkeit der Reichsmark, die es den Versicherungsträgern unmöglich macht, zwischen dem schnell entwertenden Beitragseingang und den unermesslich steigenden Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten eine Gleichgewichtslage herbeizuführen. Unter dieser so haltenden Schwierigkeit leidet notwendig der Versicherungszweck. Der Versicherungsbetrieb erfüllt öffentliche Aufgaben wie Staat und Gemeinde. Daran ändert nichts seine grundsätzliche auf Selbstverwaltung aufgebaute Organisation. Wenn aus dieser Selbstverwaltung abgeteilt wird, wie es an Reichsstelle geschehen sein soll, daß die sozialen Versicherungsträger verpflichtet seien, sich nur aus eigener Kraft über die gegenwärtige schwierige Lage hinwegzusetzen, so liegt darin eine große Verkenntnis ihrer Selbsthilfsmöglichkeiten, die zum Untergang dieses großartigen Opfergedankens führen müßte. Mit der deutschen Sozialversicherung würde ein Hauptstück deutscher Sittlichkeit verschwinden, dessen Wiederherstellung schwerer fallen würde. Die Hilfe, die hier vom Reich erwartet werden muß, kann nicht etwa eine „Verreichlichung“ der Betriebe sein, um mit der Ratenpresse der Sozialversicherung noch ein kurzes Scheinleben zu sichern; selbst die den Gemeinden nach dem Landessteuergesetz zuteil werdende Gehaltsentlastung erscheint hier nicht erforderlich. Wohl aber kann wirksame Hilfe dadurch werden, daß das Reich den sozialen Versicherungsträgern wertvolle Anlagemittel zur Verfügung stellt für ihre langfristigen Vermögensanlagen vorzugsweise mit dem Reich oder von Ländern herausgegebenen wertvollsten Anleihen unmittelbar bedient. Nachdem

die privaten Großbanken in den letzten Wochen sich ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe in bedeutendem Umfang entzogen und damit auch den meisten sozialen Versicherungsträgern einen weiteren ständigen Verkehr mit ihnen unmöglich gemacht haben, liegt kein Grund vor, den Banken das ausschließliche Zeichnungsmonopol zu belassen. Reich und Länder sollten dazu übergehen, ihre wertvollsten Anleihen in erster Linie den sozialen Versicherungsträgern unmittelbar anzubieten; sie würden im größten Umfang nicht nur willige Abnehmer finden, sondern damit auch die Not der Sozialversicherung beseitigen. Diese ist eine solche der Vermögensanlage.

Der Kreise, die den Opfer- und Hilfsgeboten pflegen und fördern, sind noch viele. Eins sei nur noch erwähnt, das Wichtigste. Seit den Jahren des Krieges liegt über aller deutschen Opferbereitschaft der frostige Schatten ihres Mißbrauchs. Der alte deutsche Mittelstand, der jetzt vor unseren Augen zerrieben wird, geht an dem Mißbrauch seiner Opferbereitschaft zugrunde. Er gab Geld für Kriegsanleihe und das Reich gab ihm schlechtes Papiergeld bei tiefem Kurs zurück. Er gab Metalle und andere Gegenstände aller Art, hoch gehaltene Erinnerungen alter Familiengeschichte, und sie wanderten nicht auf das Schlachtfeld. Wer kennt nicht das Schicksal hundert abgelieferter Kirchenglocken! Unendliches Vertrauen ist über solches und anderes in weiten opferwilligen Volkskreisen entstanden. Solange nicht jeder Mißbrauch der Opferbereitschaft und Hilfsbereitschaft in deutschen Länden öffentlich, weithin sichtbar angeprangert wird, solange nicht solcher Mißbrauch den schwersten Strafen unterliegt, soll man die Hoffnung auf den Aufstieg aus dem Sittlichen begraben. Ein Staat, der die Opferbereitschaft nicht schützt, darf nicht erwarten, daß diese edelste stiltliche Regung eines Volkes in seinen Grenzen hochkommt.

### Das treue Rheinland

Ein Lichtblick, allerdings ein seltener in der furchtbaren Finsternis der deutschen Gegenwart. „Bewaffnete Banden der Sonderbündler versuchen in einer Anzahl rheinischer Orte die öffentlichen Gebäude zu besetzen und sich der Verwaltung zu bemächtigen. Sie vermehren dadurch in verbretterischer Weise das Unglück unseres Volkes. Rheinländer! Vertraut in diesen schweren Tagen unseres Landes Euren Führern! Habt Vertrauen zu den politischen Parteien!“

Und alle Parteien des Landes, Deutschnationale und Sozialdemokraten, tun mit. Sie alle haben sich zur gemeinsamen Wehr gegen die hoch- und Landesverräter, als gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschlossen, gegen Menschen, die bewußt Frankreichs Geldscheine befragen und mit denen Frankreich unter einer Decke spielt.

Schon am 28. Juni 1921 hatte das „Echo de Paris“ das Programm aufgestellt: „Die beste Möglichkeit, Deutschland zu schwächen, besteht darin, in Berlin den Sozialismus, in München die Monarchie und im Rheinland eine konservative (d. h. liberale) Republik zu begründen. Zu diesem Zweck müßte das Rheinland der Herrschaft Preußens und der Vergiftung durch den preußischen Geist entzogen werden. Dieser „Pufferstaat“ könnte zwar, meinte „L'oeuvre“ am 29. Dez. 21, „im Rahmen des Reichs bleiben, doch wäre er der Ueberwachung des Völkerbunds zu unterstellen.“

Einen andern Vorschlag machte „Echo de Paris“ am 4. Dez. 1921: „Für den, der das herrliche Rheinland besucht hat, steht es außer Zweifel, daß es den Lebensnerv des Reichs bildet. Wenn das Rheinland einmal eine ähnliche Verfassung haben wird wie die englischen Dominions mit eigenen Staatseinkünften und eigener Verwaltung, dann wird das Rheinland aus dem deutschen Einfluß nahezu ganz ausgeschlossen sein.“

Also die Rheinlande entweder eine „selbständige Republik“ oder ein deutsches Dominion“ (wie Kanada und Australien), für alle Fälle aber los von Preußen und womöglich los vom Deutschen Reich, und um so enger mit Frankreich verbunden. Allerdings — und dafür sprechen heute alle französischen Blätter — nicht los vom verfallenen Vertrag, im Gegenteil, die Rheinlande sollen ihren Anteil an der deutschen Entschädigungsschuld „loyal“ bis auf den letzten Heller bezahlen. So hat es Frankreich bei Oberschlesien gehalten. So soll es auch bei den Rheinlanden sein.

Das werden und sollen die Rheinländer wohl überlegen. Alles gegenteilige Gerücht ist Schwindel, nichts als ein verlogenes Lockmittel, um die Unentschiedenen auf Frankreichs Seite herüber zu ziehen.

Also Frankreich steckt hinter den gegenwärtigen Rheinlandspitzen. Und dies nicht erst seit gestern. Wir erinnern uns noch lebhaft der „Entwässerungen“ des englischen „Observer“ vom Juni dieses Jahres. Das Blatt steht dem Bericht des französischen Oberkommissars, Dornoch stand derselbe mit Dornoch und Genossen in bester und engster Füh-

lung und begünstigte in jeder Hinsicht dessen Pläne für die Losrennung der Rheinlande vom Reich. Der hohe französische Beamte meinte, die Bewegung mache gute Fortschritte und werde zweifellos zum Ziel führen. Der „Observer“ selbst bemerkt hierzu, dieser französische Geheimbericht enthalte die Verschärfung der französischen Politik. Diese aber wolle, und zwar jetzt nach dem Einbruch ins Ruhrgebiet erst recht, die Zerstückelung Deutschlands.

Die Franzosen haben es ihren Verbündeten jenseits des Kanals sehr übel genommen, daß sie jene Pläne bloßlegten. Sie suchten sich damit zu rächen, daß sie die Mährer erzählten, das Gegenteil sei wahr, es bestehe ein „außerordentlicher und hinterlistiger Plan zwischen Berlin und London“, nämlich der Plan der Gründung einer „englisch-deutschen rheinischen Republik.“ Selbstverständlich eine glatte Lüge, die nur den Zweck hatte, die Öffentlichkeit von dem richtigen Sachverhalt abzulenken.

Übrigens hatten die Franzosen von jeher diese läbliche Absicht. Es war am 24. Mai 1919. Damals vereinbarte der französische General Mangin mit Dornoch einen Putsch zum Zweck der Losrennung der Rheinlande. Der amerikanische General Liggitt erfuhr davon und verhinderte mit seiner Gendarmarie im letzten Augenblick den Ausbruch der Putschaktion. Das erzählte neuerdings Mr. Baker, Wilsons Sekretär, in seinen Erinnerungen — und der muß es sicher wissen.

Auch diesmal scheint der Putsch vereitelt worden zu sein. Schade, daß man deren Urheber Dornoch, Deder und wie sie alle heißen, nicht erwischen kann. Aber eine Genugtuung ist's doch für uns Deutsche, daß unser unglückliches Vaterland auch bei seinen Kindern am Rhein immer noch so viel Liebe und Anhänglichkeit genießt, daß sie sich nicht von uns trennen lassen. Auch die Rheinländer halten an der Forderung: „Auf ewig ungeteilt!“ W. H.

### Rettet das Brot!

Die Aufgabe des Grafen Kanitz

Zu allen politischen und wirtschaftlichen Schreden dieser schauerlichen Zeit ist nun auch die Brotnot gekommen. Vor den Bäckertüren stehen, wie bisher vor Butter und Margarine, lange Schlangen von murrenden und drohenden Menschen, die nur noch das eine Bestreben haben, einen Vorrat von Brot einzukaufen, ehe der Preis weitersteigt. Der Brotpreis stieg in Berlin innerhalb fünf Tagen von 480 Millionen auf 1 Milliarde, von 1 Milliarde auf 1,8, von 1,8 auf 5,5 Milliarden (für 1000 Gramm) und wenn es auch nur noch ganz kurze Zeit so forginge, reichten die Einnahmen keines einzigen Deutschen mehr aus, um sich das wichtigste Nahrungsmittel zu kaufen.

In diesem kritischen Augenblick ist ein Staatsposten besetzt worden, den man bei der letzten Koalitionsoffensive bereits für überflüssig gehalten hatte. Der Reichstagsabgeordnete Graf Gerhard Kanitz wurde zum Reichsernährungsminister ernannt. Der neue Minister soll die fünfjährige Ausgabe des Brotgetreides unter Heranziehung der beträchtlichen angesammelten Vorräte zu festgelegten Preisen bewerkstelligen, um einen Brotpreis zu sichern, der mit den derzeitigen Einkommensverhältnissen der breiten Masse eingermessen im Einklang steht. Mit anderen Worten: Der Brotpreis soll festgelegt werden. Gelingt dies, so ist das Hamstern von Brot, das in den letzten Tagen so eifrig betrieben wurde, ein schlechtes Geschäft geworden. Die Berechtigten gebietet allerdings festzustellen, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung sich diesem Sport hingeben konnte. Die meisten hatten gar nicht mehr die Geldmittel dazu. Auch ist das Hamstern nicht die Ursache des allgemeinen Brotmangels. Vorräte an Getreide sind in Deutschland nach einer guten Ernte genügend vorhanden. Nur infolge der wahnwitzigen Preissteigerung ist das deutsche Volk — dies Wort fiel neulich im Reichstag — drauf und dran, bei vollen Scheunen zu verhungern.

Am 15. Oktober ist bekanntlich die Zwangswirtschaft für Brotgetreide aufgehoben worden. Im Handel verlangt man fast allgemein die Bezahlung in Gold. Darauf war niemand vorbereitet. Die Folge ist, daß sich in den Bäckereien noch nicht die Hälfte des Mehls findet, das notwendig wäre, um auch nur den nächsten und notwendigsten Brotdbedarf zu decken. Der alte Bäckervorwurf weiter Kreise des Publikums, die Bäckermehler hielten Mehl und Brot zurück, um den Preis zum Anziehen zu bringen, trifft zweifellos nicht zu. In dieser Not, die auch das niedere Volk, angeblich goldene Handwerk nicht verschont, hat sich die Berliner Bäckervereinigung an die Behörden gewandt und darauf aufmerksam gemacht, daß die Meister unter den obwaltenden Umständen nicht mehr in der Lage sind, den Bedarf der Großstadt zu decken und für die Folgen nicht verantwortlich gemacht werden können. Hier liegt die schwierige Aufgabe des neuen Reichsernährungsministers ein. Man verlangt vom Grafen Kanitz, daß er die Reichsgetreidestelle mobil macht, die ja noch vorhanden ist und die eigens für die Hungersgefahr dieses Winters in Bereitschaft gestellt wurde. Da der freie Handel bei der Reichsverordnung verlangt hat, sollen über seinen Kauf hinnein Vorräte heran-

schafft und ein Höchstpreis für das Brot festgesetzt werden. Das ist aber nichts anderes als die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft mit allen ihren Nachteilen.

Graf Kainig, der 38jährige jüngere Bruder des früheren Majorschützen, der 1915 im Krieg fiel, bringt für sein Ministeramt nicht nur die nötigen Fachkenntnisse, sondern auch die Beziehungen mit, die erforderlich erscheinen, um die leitende Mitwirkung der deutschen Landwirtschaft zu sichern. Es ist ein persönliches Opfer, daß der bisherige deutsch-nationale Abgeordnete in die von seinen Partei- und Standesgenossen bekämpfte Regierung eintritt. Ohne den vaterländischen Opfermut des ganzen deutschen Nährstands kann das schwere Werk nicht gelingen. Und ohne die nebenhergehende beschleunigte Währungsreform, ohne wertbeständiges Geld, mißte auch das Werk der Brot-Rettung scheitern.

Ob ein festbleibender Brotpreis in Papiermark auch nur für kürzere Zeit durchführbar wäre, wenn die Mark weiter sinkt wie in den letzten Tagen, erscheint mindestens unsicher. Jedenfalls schreit die ganze Lage nach beschleunigter Beschaffung wertbeständiger Zahlungsmittel. Andererseits wird es notwendig sein, daß die Herstellung von Luxusgebäck wie im Krieg auf das geringste Maß eingeschränkt wird. Viele Bäckereien haben in der Not von sich aus bereits diese Beschränkung sich auferlegt. D. Schr.

### Ministerrat statt Reichsrat

Noch keine Lösung des Streits

Berlin, 25. Okt. Die auf Antrag des würtl. Staatspräsidenten Dr. Hieber auf gestern nderaumte Reichsrats-sitzung wurde plötzlich abgesetzt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, Dr. Hieber habe bei seinem kurzen Besuch in München den Eindruck erhalten, daß eine Verständigung zwischen Berlin und München kaum möglich erscheine. Ferner war die Entscheidung des Reichsrats unsicher, da mehrere preussische Provinzen, vor allem Pommern, von ihren Vertretern entschieden verlangten, daß sie für Bayern eintreten. In jener Nacht trat Dr. Hieber land eine Beratung der Ministerpräsidenten und Bevollmächtigten der Bundesstaaten und des Reichsministeriums statt.

Der bayerische Gesandte v. Freger legte die Entwicklung des Streits und den Standpunkt Bayerns dar; Bayern warnte davor, die Bereinstellung des Reichs zu überstreben. Darauf legte der Reichskanzler die Gründe dar, die die Reichsregierung veranlaßt haben, am Tag der Verkündung des bayerischen Ausnahmezustands den Reichsausschuss zu erklären. Die Ernennung einer Persönlichkeit wie des Herrn v. Kahr zum Generalkommissar von Bayern habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kräfte in anderen Teilen des Reichs ihre Stunde für gekommen hielten und zu Gewalttätigkeiten verleiteten würden. Die Reichsregierung sei in ihrem Bestreben nach Beilegung des Streits bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Sie habe wiederholt ihre Absicht kundgegeben, die Rechte der Bundesstaaten auf steuerlichem und finanziellem Gebiet gegenüber der Weimarer Verfassung zu erweitern. Bayern stehe es frei, weitere Schritte in dieser Richtung zu tun.

Reichspräsident Hieber sprach folgende Erklärung aus: Die Staatspräsident Hieber verlas:

In dem Streit zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der nationalen Frage für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Annahme des militärischen Reichsausschusses in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit einzuleiten.

Der Reichskanzler erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern eine Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage der größeren Selbständigkeit der Länder zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu geben sei. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatten, den Reichsausschuss vollständig aufzuheben, oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

### Rabe über die Ministerbesprechung

München, 25. Okt. Generalkommissar v. Kahr äußerte sich in einem hervorragenden Politiker über die Berliner Besprechung. Mit einer Reichsregierung, die einen Zeiger weiter amieren läßt, die die Parteifreunde des Pfälzer Hochverrats Hofmann als Mitarbeiter duldet, ist auf eine gedeihliche Lösung nicht zu rechnen, denn ihr fehlt die Kraft und die Ueberzeugungstreue, Deutschland durch die jetzige Katastrophe hindurchzuführen. Mit einer entschlossenen, vaterlandsliebenden Reichsregierung wird sich die Meinung von selbst ergeben. Man gebe wieder den Bundesstaaten, was den Bundesstaaten gehört, und dem Reich, was des Reiches ist. Befreien wir das Eigenleben der deutschen Länder von den erstickenden Fesseln, in die sie der marxistische Geist geschlagen hat. Nur so wird wieder der lebendige Reichsgeist entstehen, der unserm Vaterland aufs neue einen Platz an der Sonne erobert.

### Beschämendes aus der Pfalz

Speyer, 25. Okt. Der französische General de Meij forderte die Vertreter des Reichstags, der Industrie, Landwirtschaft und der Parteien zu einer Besprechung auf. Auf Verweigerung der Reichsregierung durch den Gewerkschaftssekretär Fischer die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hoffmann, Wagner und Kleefoot, die in der Wirtschaft eines Parteigenossen geblieben waren, herbeizuholen und hieß Hoffmann den Weg einnehmen, den der Vorsitzende des pfälzischen Reichstags, Geheimrat Dr. Beyersdorfer, eingenommen hatte. Beyersdorfer trat in den Hintergrund des Saals,

Hoffmann wollte aber den ihm angewiesenen Platz nicht einnehmen. Er sagte, er wisse wohl, daß sein Vorgehen Hochverrat sei, aber er folge nur dem Vorbild des Herrn v. Kahr. Der Vertreter der „Freien Bauernschaft“, Orbis, erklärte sich ebenfalls für eine unabhängige Pfalz. Mit diesem Reich wollen sie nichts mehr zu tun haben. Hoffmann hielt an seinem Antrag auf Bildung eines selbständigen Staats fest. Der General gab den bürgerlichen Vertretern zwei Tage Bedenkzeit. Gefandtschaftsrat Dr. Knoop von der pfälzischen Kreisregierung wurde ausgewiesen und sofort ins unbesetzte Gebiet abgehoben.

### Der Standpunkt der bayerischen Regierung

München, 25. Okt. Die Staatsregierung wird gegenüber dem Hochverrat des Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaiserlautern und Genossen den Beamten verbieten, sich einer verfassungswidrigen Regierung in der Pfalz zur Verfügung zu stellen; sie wird alle Rechte der Beamten wahren, Rohstoffe und Geldmittel sowie alle bisher bewilligten Zuschüsse unterbleiben gegenüber einer Pfalzrepublik.

## Neue Nachrichten

### Wertbeständiges Geld

Berlin, 25. Okt. Die Eröffnung des Schallersverkehrs bei der Reichsbank für den freien Verkauf kleiner Stücke Goldanleihe gegen Papiermark ohne vorherige Zeichnung, die nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers am 23. Oktober erfolgen sollte, hat sich weiter verzögert. Die Reichsbank teilt mit, daß ihr noch nicht einmal genügend Stücke zur Befriedigung sämtlicher Zeichner der Goldanleihe von der Reichsschatzkanzlei ausgereicht seien.

Hamburg, 25. Okt. Der Staat Hamburg wird noch im Lauf dieser Woche wertbeständiges Geld ausgeben und damit auch die Betriebe für die Lohnzahlung erleben. Luxusbetriebe werden geschlossen. Die Saabetriebe werden Reib erhalten, um vom 24. bis 29. Oktober auf Brotkarten ein Einheitsbrot (4 Pfund) zum Höchstpreis von 4,2 Milliarden zu liefern.

Für die private Ausgabe wertbeständigen Gelds hat der Reichsfinanzminister die Bedingungen gestellt: 1. Das Geld muß auf Teile der Reichsgoldanleihe lauten. 2. Der Gesamtbetrag ist vorher bei der Reichsbank oder einer anderen Stelle auf ein Konto, das zugunsten des Reichsfinanzministers gedeckt ist, durch Hinterlegung des entsprechenden Goldanleihebetrags oder Zwischenscheine der Reichsbank zu decken. Die Privat-Ausgabe ist nur mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums auf Antrag der betreffenden Landesregierung gestattet.

### Streik der Buchdrucker

Berlin, 25. Okt. Auf Betreiben der kommunistischen Betriebsräte beschloß gestern eine Versammlung der Berliner Buchdrucker, von der Reichsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Verbots der „Roten Fahne“ bis Donnerstag vormittag 10 Uhr zu verlangen, widrigenfalls sämtliche bürgerliche Zeitungen und die Reichsbanknoten-druckerei stillgelegt werden. Der Reichswehrminister hat H. „D. Allg. Ztg.“ die Forderungen abgelehnt.

### Die Hilfsbereitschaft der Deutschamerikaner

Newport, 25. Okt. Auf dem von den Vereinigungen der Deutschen Newports veranstalteten Deutschen Tag wurde einstimmig und unter stürmischer Zustimmung der 5000 Anwesenden eine Entschlossenung angenommen, worin die 7500000 amerikanischen Bürger deutscher Herkunft aufgerufen werden, Deutschland in der Stunde der Gefahr zu helfen, und ihre Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit gelenkt wird, für eine angemessene finanzielle Unterstützung zu sorgen, um Deutschland, ehe es auseinanderfällt, wieder aufzurichten.

### Der Reichswehrzug zum Schutz Sachsens gegen Bayern?

Dresden, 25. Okt. Im Landtag erklärte Ministerpräsident Zeigner, ein Reichsminister, dessen Namen er nicht nennen dürfe, habe ihm mitgeteilt, der Zweck des Einmarsches der Reichswehr in Sachsen sei nicht, wie General Müller verhandelt habe, die Ordnung in Sachsen wiederherzustellen, sondern um Sachsen gegen Bayern zu schützen.

In Berlin wird berichtet, eine Erklärung, wie sie Zeigner behauptet, sei von der Reichsregierung nicht abgegeben worden.

### Neues Angebot an Frankreich

Berlin, 25. Okt. In einer Note an die Entschädigungskommission erweitert die Reichsregierung den Vorschlag Lunos, nach dem die deutsche Privatwirtschaft die Bürgschaft für die Entschädigungen übernimmt. Die Sachleistungen sollen sofort wieder aufgenommen und 20 Millionen Tonnen Kohlen, etwa ein Fünftel des Ruhrertrages, geliefert werden. Das Reich kann aber die Kohlen den Bergwerksgesellschaften nicht bezahlen. Die Entschädigungskommission möge in eine neue Prüfung der Zahlungsfähigkeit einwilligen. Schließlich erjudet die Reichsregierung um eine Zahlungsfrist von unbestimmter Dauer.

### Stresemann für die Selbständigkeit des Rheinlands?

London, 25. Okt. „Daily News“ lassen sich aus Berlin melden, Reichskanzler Stresemann werde in Hagen in Westfalen eine politische Rede halten und die Selbständigkeit des Rheinlands im Rahmen des Deutschen Reichs ankündigen.

### Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen gescheitert

Düsseldorf, 25. Okt. In den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen unter Führung des Herrn Stinnes haben die Franzosen ihre Forderungen durchaus aufrechterhalten. Die Industriellen gaben die Erklärung ab, sie seien nicht mehr imstande, selbst die wenigen noch arbeitenden Betriebe im Industriegebiet im Gang zu halten, da die französischen Bedingungen jede Abfahrsmöglichkeit unterbinden. Dazu komme die Schwierigkeit der Beschaffung von Zahlungsmitteln. Diese Erklärung sei gleichbedeutend damit, daß die rheinisch-westfälische Industrie in den nächsten Tagen zum Erliegen kommen werde.

### Kartoffelbeschaffung in Sachsen

Dresden, 24. Okt. Auf Anregung des Befehlshabers im Wehrkreis 4, Generalleutnant Müller, haben Industrie, Handel und Banken in Sachsen sich bereit erklärt, einen größeren gebühren- und zinsfreien Vorkauf in wertbeständigem Geld zur Kartoffelbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Die Summe wird von einer besonderen Gesellschaft verwaltet und unter Mitwirkung des Kommandos dem berechtigten Handel gewährt, der sich verpflichtet hat, Kartoffeln zu angemessenen Preisen an die Großstädte und Industriebezirke zu liefern.

### Die August-Thyssen-Hütte stillgelegt

Essen, 24. Okt. Die August-Thyssen-Hütte in Homborn steht infolge der durch die allgemeine politische Lage entstandenen finanziellen Schwierigkeiten gezwungen, von heute ab die gesamten Werksanlagen einschließlich aller Nebenbetriebe bis auf weiteres stillzulegen. Betroffen werden etwa 13-14000 Arbeiter und Angestellte, für die nunmehr die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden muß.

### Französische Hilfe für die Sonderbündler

Bonn, 25. Okt. Heute mittag 12 Uhr marschierte die französische Besatzung auf Befehl Tirards zum Rathaus und besetzte es. Die grün-weiß-rote Flagge ist wieder gehißt und die Republik wieder hergestellt.

### Kommunistischer Angriff auf das Markburger Rathaus

Marburg, 25. Okt. In Marburg versuchte gestern ein Trupp junger Burschen die Polizeiwache am Rathausplatz zu stürmen. Die Polizei säuberte die Straßen. Die Kommunisten verkündeten in Marburg den Generalstreik. Bei den Unruhen wurden drei Demonstrationen gestört und 60 verwundet.

### Stilllegung der Ruhrzechen

Essen, 25. Okt. Die Kohlengruben des Ruhrgebietes werden am Montag stillgelegt, alle Angehörigen und Arbeiter werden entlassen und in Erwerbslosen-Fürsorge genommen. Nur ein kleiner Teil bleibt zur Verrichtung der nötigen Arbeiten auf den Zechen.

### Kämpfe der Sonderbündler

Magdeburg, 25. Okt. Die Lage ist entgegen dem gestrigen Bericht noch unklar. Im Viertel Theaterplatz-Hübnerstraße wird auf neue gekämpft. In Krefeld sollen laut „Chicago Tribune“ die Sonderbündler mit Handgranaten und Maschinengewehren das belagerte Rathaus gestürmt haben. Der Polizeileiter und 40 Personen seien getötet, über 100 verletzt worden. Die Sonderbündler haben den Oberbürgermeister und seine Tochter als Geiseln gefangen genommen.

### General Smuts gegen Frankreich

London, 25. Okt. General Smuts hielt vor dem Süd-afrikanischen Klub in Gegenwart der Ministerpräsidenten aller Dominionen eine Rede. Darin kündigte er eine große internationale Konferenz zur Lösung der Entschädigungsfrage an, auf der auch die Dominionen und Amerika vertreten sein würden. Verhandlungen dazu seien bereits im Gang. Keine an der Sache interessierte Macht würde die Teilnahme ablehnen, sollte dies doch der Fall sein, so würden die anderen Mächte sich dadurch nicht abhalten lassen. Die Franzosen hätten die schwarzen Horden von Afrika in den Dienst ihres Militarismus gestellt. Sie seien schuld an dem wirtschaftlichen Chaos in Europa. Sie seien von einem militärischen Wahnsinn besessen. Die Friedensverträge müßten geändert werden. Weder in die Entschädigungskommission noch in den Völkerbund könne man Vertrauen haben. Die deutsche Knechtschuld müsse beträchtlich herabgesetzt werden. Deutschland müsse eine Zahlungsfrist für zwei Jahre erhalten, bevor es überhaupt etwas bezahle. Mit einer Festigung der wirtschaftlichen und politischen Einheit des Deutschen Reichs verschwinden auch die Aussichten auf Zahlungen. Die französisch-besetzte Ruhrpolitik verzerre die Lösung der Frage alle Wege.

General de Meij gab Kenntnis von dem Plan, wertbeständiges Zahlungsmittel unter Bürgschaft des Grund- und Sachbesitzes einzuführen.

### Die Osterreichischen Wahlen

Wien, 25. Okt. Die Nationalratswahlen hatten folgenden Ergebnis: Christlichsoziale 81 (1920: 82), Sozialdemokraten 68 (66), Großdeutsche 12 (20), Bauernpartei 4 (6). Czernin wurde nicht gewählt. Der Rückgang der Großdeutschen rührt daher, daß die seit 1920 sehr stark gewordenen Nationalsozialisten Hitler sie nicht mehr unterstützten, sondern sich der Abstimmung enthielten. Die bisherige Regierung, die sich auf Christlichsoziale und Großdeutsche stützt, bleibt am Ruder.

## Württemberg

Stuttgart, 24. Okt. Zuschlag für Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Der Goldumrechnungsatz für Steuern beträgt ab 24. Okt. 13,3 Milliarden. Das bedeutet gegenüber dem Stand vom 15. Okt. mit 0,243 Milliarden eine Steigerung um 13,057 Milliarden, d. h. um rund das 5fache. Demgemäß beträgt der Steuerzuschlag auf 1 Milliarde ursprünglicher Schuldigkeit rund 54 Millionen.

Stuttgart, 25. Okt. Waffenbeschlagnahme. Auf Grund der Anzeige eines Kommunisten wurden bei dem Abg. Th. Köster und einem ihn auf der Reise von Herrenberg nach Stuttgart begleitenden jungen Mann namens Otto Häuser auf der Station Böblingen ein Paket mit verschiedenen Waffenteilen von einem Randläufer beschlagnahmt. Der Kommunist hatte sich schon auf dem Bahnhof in Herrenberg des Pakets zu bemächtigen gesucht, was ihm nicht gelang. Er fuhr darauf im Zug mit und erkrankte in Böblingen. Es handelt sich um drei Jagdgewehre, die aus alten Militärgehwehren umgearbeitet sind und für einen Stuttgarter Schützenverein bestimmt gewesen sein sollen. Untersuchung ist eingeleitet.

Stuttgarter  
26. Oktober  
Seite 5, 8  
(3-3,2), K  
mellisch 5  
Milliarde  
Abteilung 1  
Strom für  
2 Milliarden  
1 Kilowatt  
Stunden.  
Nächst  
orang ein  
Rami, die  
ren, in  
sich mit  
eines Mi  
Wahrsin  
gebnislo  
Die lägl  
haben den  
Das Glas  
Stuttg  
und Fle  
Kerium bes  
Wich, fröh  
gewerksmä  
über Wich  
die Erlaub  
für Wichmä  
eine besond  
Abteilung  
württember  
soweit sie  
unmittelbar  
sagung tritt  
Die Kart  
fürbeschl  
Sonderbünd  
serstanden,  
Morgen Ra  
Mitte Koop  
zuführen. C  
denspreis b  
wilde Händ  
hülle streng  
Staatsrat  
lich aus Ko  
eingeht, m  
mer noch b  
Auch die  
denziffern  
Brotprei  
tober wiede  
1,7 (gestern  
Weißbrot 2  
1,2 (0,1) W  
Der B  
einer S  
von 0,68 a  
Milliarde  
preis liegt,  
gen wärd  
gen erlieg  
membrere  
die in Wä  
lösen wür  
aus gleich  
Kart. — C  
Donnerstag  
olligen B  
Käntrennes  
für die zu  
verfügt.  
Geschäfte  
für Beland  
Stuttgarter  
5 Uhr nach  
werden ihre  
Auf 50  
Eohn und  
die militärl  
Wäntrennes  
wogenüber  
Sah  
Heute früh  
Güterwage  
lung Reda  
fülligen Gü  
Wagen und  
Wies. Verle  
lid.  
Kollwilt  
terseher  
doef hat  
Streit zw  
für ihren  
Absticht, h  
Schafjutan  
und Tällich  
einmal To  
Kösten. De  
Kochere Be  
nachteiligen  
Schuldfrage  
Am 25.  
beiratete  
Scharenstet  
scheküber  
noch eine l  
tel laute  
und Tragan  
Kovensb  
Kubtrach  
11 Uhr nach



Stuttgart, 25. Okt. Fleischpreiserhöhung am 26. Oktober: Ochsen- und Rindfleisch 1. Sorte 6,5 (4,8), 2. Sorte 5,8 (4,5), Kuhfleisch 1. Sorte 4,4 (3,8), 2. Sorte 3,4—3,6 (3—3,2), Kalbfleisch 7,4 (4,6), Schweinefleisch 7,5 (7), Hammelfleisch 5,6 (5), Schaffleisch 5—5,3 (3,5—4,2).

Milliardenpreise für Gas und Elektrizität. Die Technische Abteilung des Gemeinderats hat die Preise für Gas und Strom für heute wie folgt festgelegt: 1 Kubikmeter Gas 2 Milliarden, 1 Kilowattstunde Licht Tarif 1 6 Milliarden, 1 Kilowattstunde Licht Wohnungstarif und Kraft 3 Milliarden.

Nächtlicher Überfall. In der Nacht vom 22. zum 23. 10. 23 drang ein kommunistischer Hausen von etwa dreißig Mann, die mit Pistolen und Knüppeln bewaffnet waren, in ein Haus der Neuen Weinsteige ein. Sie erzwangen sich mit vorgehaltener Waffe den Eintritt in die Wohnung eines Militärbeamten unter der Behauptung, daß dort ein Maschinengewehr verborgen wäre, und verließen erst nach ergebnisloser Durchsuchung der Wohnung das Haus.

Die tägliche Bierpreiserhöhung. Die württ. Brauereien haben den Vagerpreis auf 3,6 Milliarden d. Liter erhöht. Das Glas zu 0,3 Liter kostet mindestens 1,8 Milliarden.

Stuttgart, 24. Okt. Ueberwachung des Vieh- und Fleischhandels. Das württ. Ernährungsministerium bestimmt, daß Personen, die in Württemberg mit Vieh, frischem Fleisch oder Gefrierfleisch Handel treiben oder gewerbsmäßig Gelegenheiten zum Abschluß von Geschäften über Vieh nachweisen wollen, künftig auch, wenn sie bereits die Erlaubnis einer nichtwürttembergischen Behörde besitzen, für Viehmärkte und für den Ankauf vom Viehhändler noch eine besondere Erlaubnis der württ. Landesernährungsstelle, Abteilung Viehverkehr, benötigen. Dasselbe gilt für nichtwürttembergische Metzger und Hersteller von Fleischwaren, soweit sie für ihren Gewerbetrieb Vieh oder Frischfleisch unmittelbar vom Viehhändler erwerben wollen. Die Verfügung tritt am 1. November in Kraft.

Die Kartoffelerzeugung. In einer Besprechung beim Landwirtschaftsminister am Dienstag erklärten sich die Vertreter der Landwirtschaftskammer und der landw. Verbände damit einverstanden, daß, wie in Bayern, Landwirte, die über drei Morgen Kartoffeln gepflanzt haben, aufgefördert werden, bis Mitte November 30 Prozent ihrer Ernte dem Verbrauch zuzuführen. Es soll bei dem nach Goldmark berechneten Preis freibleiben. Die Ankündigung des Befehlshabers, daß wilde Händler und Preisstreiber eingesperrt und Felddiebstahl strengstens verfolgt werden, fand lebhafteste Zustimmung. Staatsrat Rau teilte mit, daß täglich in Stuttgart, namentlich aus Norddeutschland, 40—45 Eisenbahnwagen Kartoffeln eingehen, während die Eingänge aus dem eigenen Land immer noch bescheiden sind.

Auch die Brotpreise sind nun in Stuttgart in die Milliarden eingedrungen. Nachdem erst am 23. Oktober die Brotpreise verdoppelt worden waren, wurden sie am 24. Oktober wieder folgendermaßen erhöht: 85proz. Schwarzbrot 1,7 (gestern 0,68) Milliarden, 75proz. Schwarzbrot 1,95 (0,8), Weißbrot 2,2 (1) Milliarden das Kilo. Ein Doppelweizen 0,2 (0,1) Milliarden.

Der Brotpreis. Das württ. Staatsministerium hat in einer Sitzung festgestellt, daß die Erhöhung des Brotpreises von 0,68 auf 1,7 Milliarden bei einem Mehlpreis von 75 Milliarden für den Zentner, der noch unter dem Marktpreis liegt, nicht zu vermeiden ist. Wenn die Bäcker gezwungen würden, billiger zu liefern, so müßten sie in wenigen Tagen erliegen und die ganze Brotversorgung würde zusammenbrechen. Zu einer Verbilligung aus öffentlichen Mitteln, die in Württemberg allein Hunderte von Millionen täglich kosten würde, sind keine Mittel vorhanden. In Berlin kostet bei gleichem Gewicht Brot 2,5, in München 2,4 Milliarden Korn. — Es ist angeordnet, daß den Erwerblosen bei der Donnerstag fälligen Zahlung des Doppeltes des bis jetzt bewilligten Betrages ausbezahlt wird. Für die Sozial- und Kleinerntner ist Ausbezahlung bis zum 4fachen Betrag der für die zweite Oktoberhälfte bewilligten Unterstüßungen verfügt.

Geschäftsstillstand um 5 Uhr. Infolge der ungeheuren Kosten für Beleuchtung und Heizung sieht sich der Einzelhandel in Stuttgart gezwungen, die Geschäfte ab 1. November um 5 Uhr nachmittags zu schließen. Die Lebensmittelgeschäfte werden ihre Verkaufsstellen bis halb 6 Uhr geöffnet halten.

Auf Schleichwegen. Die Firmen Pippmann, Wolf und Ehn und Kunstbaumwollfabrik in Jassenhausen teilen mit, die militärischen Ausrüstungsgegenstände seien an den Republikanischen Kampfbund ohne ihr Wissen durch den Kraftwagenführer der Firmen ausgeliefert worden.

Suhr a. N. 25. Okt. Eisenbahnbetriebsunfall. Heute früh 2 Uhr wurden durch den starken Sturm zwei leere Güterwagen vom Bahnhof Suhr gegen die freie Straße Richtung Reckartshausen getrieben, wo sie auf den zur Zeit fälligen Güterzug Nr. 77 716 aufstießen. Hierbei entgleiste ein Wagen und sprengte vorübergehend das durchgehende Hauptgleis. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist unerheblich.

Kollwitz, 24. Okt. Ein starker Tee. Die Fabrikarbeiterin Johanna Merkl von Harthausen O. A. Oberdorf hat am 23. August, nachdem es am Tage vorher wieder Streit zwischen ihr und dem Mann gegeben hatte, einem Tee für ihren Mann drei Löffelchen beigelegt, angeblich in der Absicht, dadurch ihren Mann für einige Stunden in einen Schlafzustand zu bringen, damit sie vor seinen Schimpereien und Tölpelheiten Ruhe bekomme. Sie habe als Kind auch einmal Löffelchen gegeben und dadurch zwei Tage geschlafen. Der Mann trank einige Tassen Tee, wodurch bei ihm leichtere Vergiftungserscheinungen auftraten, die aber keine nachteiligen Folgen hatten. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde.

Am 25. Okt. Unterjagd im Amt. Der vertratete und vermögliche Landpostbote Jakob Hummel von Scharenstetten war vor dem Schwurgericht beschuldigt, Postschlüsselübergaben zum Teil unterschlagen und außerdem noch eine Urkundenfälschung begangen zu haben. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Zuchthaus, 50 Milliarden Geldstrafe und Freigabe der Kosten.

Raonsburg, 25. Okt. Die Polizeistunde wurde hier in Anbetracht der hohen Heizungs- und Beleuchtungskosten auf 11 Uhr nachts vorgezogen.

Badnang, 24. Okt. Bluttat. Der Gerber Fritz Kutter off lebte mit seiner zweiten Frau oft in Unfrieden, weil diese gegen die Kinder erster Ehe eine Abneigung zeigte. Am Montag schritt Kutter auf der Bühne des Hauses sich und einem 4jährigen Töchterchen die Halschlagader durch.

Reckartshausen, 24. Okt. Vorgeschiedliche Funde. Bei Grabarbeiten zu einem Neubau der Reckartshausener Fabrikwerke an der Sulm wurden interessante Funde gemacht, darunter das Gerippe eines Pferdes und verschiedene Leinwandstücke, eine Lampe mit dreieckiger Seitenschnur, die zweifellos aus sehr früher Zeit stammt.

Hofen O. A. Reuvenburg, 24. Okt. Ein Zeitbild. 10 bis 12 betrunkene Burichen im Alter von 17—22 Jahren kamen vor dem Gasthof Zum Ochsen und fragten einen allein davor stehenden auswärtigen Herrn: „Wo bist du her?“ Als er entgegnete, „das geht Sie doch nichts an“, wurde ihm ins Gesicht geschlagen, daß das Blut herunterfloß. Der Angegriffene setzte sich mit seinem Stock zur Wehr. Sofort fiel der ganze Haufen über ihn her und schlug auf ihn ein, wobei Rufe hielten: „Stech ihn tot, mach ihn kaputt!“ Dem Angegriffenen, einem Mitte der 30er Jahre stehenden Mann, der den Feldzug mitgemacht hatte, wurde der Stock entrissen, die goldene Uhrkette abgerissen und die Uhr beschädigt. Er suchte sein Heil in der Flucht. Harmlose Passanten, darunter auch Frauen, wurden von den Röhlingen ohne jeglichen Anlaß mißhandelt. Ein jüngerer Herr aus Wildbad erhielt sieben Messerstiche in den Kopf. Ein Herr aus Borsheim wurde ebenfalls schwer mißhandelt. Unterhalb Stunden zog sich die Rauferei hin, so daß Landjäger von Reuvenburg gerufen werden mußten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Schopfloch, O. A. Freudenstadt, 24. Okt. Revolverhelden. Unsere friedliche Bauernschaft wurde in der letzten Woche wiederholt von ungerufenen Elementen belästigt. In der Nacht auf Sonntag wurde auf Polizeibühnen Ernst Faust bei seinem nächtlichen Dienstgang am östlichen Ortsrand von zwei Unbekannten drei Revolverstiche aus nächster Nähe abgefeuert. Sein durchschossener Kopf zeigt dafür, daß er nur durch gütiges Geschick nicht mit einem Bauchschuß liegen blieb.

Biffingen a. G., 24. Okt. Preistreibererei. Der Landwirt Ernst Breitenbacher, der nehmender müden Kartoffelhandel treibt, verlangt für den Zentner 6 Schweizerfranken. Das Wucheramt beschlagnahmte die Kartoffeln, Breitenbacher wurde festgenommen.

Kirchheim u. T., 24. Okt. Im Zeitalter der Diebe. In der Nacht wurde in dem Laden von E. Baber in der Marktstraße eine Fensterscheibe eingebrochen und Waren im Wert von drei Billionen Mark entwendet. — Einem Dienstmädchen wurden Kleider, Leibschuhe und Schuhe im Wert von 80 Milliarden entwendet. Die Diebin wurde auf dem Bahnhof vor der Abfahrt nach Wiesbaden ergriffen.

Reußlingen, 24. Okt. Rächliche Ansammlungen. Bei der Grabenmühle kam es gestern Abend und auch heute wiederholt zu Ansammlungen, die durch die Polizeibereitschaft zerstreut wurden.

Gmünd, 24. Okt. Ein Hilferuf. Oberbürgermeister Müllig wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung, worin er um Unterstüßungen für alle und frange Sozial- und Kleinerntner, sowie Erwerblose bittet.

Die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr festgelegt. Bei den gestrigen Lohnverhandlungen in der Goldwarenindustrie wurde der Stundenlohn ohne Leistungszulage in der laufenden Woche auf 3,3 Milliarden M. festgelegt. Bei weiterer Geldentwertung bis Donnerstag tritt noch eine entsprechende Erhöhung ein.

Am 25. Okt. Diamantene Hochzeit. Die Schwiegereltern des Lederfabrikanten Jerome Lepiat in Reu-llin, das Ehepaar Josef Beck und Anna Maria, geb. Kustor, feiern am Freitag das seltene Fest der diamantenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist 86 und die Jubelbraut 89 Jahre alt. Beide erfreuen sich körperlicher und geistiger Frische.

Mergentheim, 25. Okt. Eine Kartoffel für eine Fünftel-Milliarde. Auf dem Räder in Weilerohelm wurde eine Kartoffel im sattdichen Gewicht von 34 Pfund geerntet. Rechnet man einen Kartoffelpreis von 3 Milliarden für den Zentner, so ergibt das einen Preis von über einer Fünftel-Milliarde für eine Kartoffel.

## Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 26. Oktober 1923.

Vom Rathaus. Gemeinderatsitzung vom 24. ds. Ms. Der Vorsitzende forderte unter Hinweis auf den Ruf des Wehrkreiskommandos alle Bürger auf, sich des jurchbaren Erntes der Lage unseres Volkes und Vaterlandes bewußt zu sein, nicht immer bloß an sich zu denken, sondern, von der Verantwortung für das Volkswohl durchdrungen, die furchtbaren Mühen großer Kreise unserer Mitbürger, wie es Bürger- und Christenpflicht ist, zu lindern und zu beseitigen. Jetzt gilt es den Gemeinwohl, der gern im Munde geführt wird, praktisch zu betätigen. Dieser Winter wird der Prüfstein sein, ob unser Volk sich wieder findet und nicht ganz in unerschütterlichem Varietät und wechselseitiger Beschimpfung der Berufsstände aufgibt. Die Beschaffung von Arbeit und Brot ist die Hauptaufgabe. Es muß immer wieder gesagt werden, wo es irgend möglich ist, jetzt vor dem Winter die Leute nicht zu entlassen, selbst wenn vorübergehend Opfer gebracht werden müssen. Die Landwirte müssen die Nahrungsmittel den Verbrauchern herausgeben. Es darf nicht sein, daß weite Kreise unseres Volkes hungern, wenn die andern genügend haben. Darum heraus mit den Kartoffeln! Ruhe und Ordnung im Staat ist gesichert, wenn alle Arbeit und Brot haben. Wir müssen Mann für Mann, ohne Unterschied von Parteizugehörigkeit und Berufsstellung zusammenstehen, um der lähmenden Schwierigkeiten aller Art Herr zu werden. Eine Lebensmittelsammlung für unseren notleidenden Mittelstand, für die Klein- und Sozialrentner und alle sonstigen notleidenden Gemeindeangehörigen über 60 Jahre, soll in Verbindung mit der Rentralteilung durch den Waag. Volksbund hier durchgeführt werden. Dieses Lebenswerk wird dringend und herzlich empfohlen. — Das Elektrizitätswerk

berichtet untern 23. ds.: Unter dem Druck der Verhältnisse sind wir genötigt für Oktober zu berechnen:

für die Kraft-R.W.St. 30 Goldpfennig  
für die Licht-R.W.St. 40 Goldpfennig  
Licht-Zählermiete 20 Goldpfennig  
Kraft-Zählermiete 40 Goldpfennig  
Pauschal- und Großabnehmer entsprechend.

Die Umrechnung der Goldbeträge erfolgt nach dem Stand des Berliner Dollar-Biesturzes nach dem Vortag der Zahlung, abgerundet auf volle Hunderttausend. Der Einzug wird nach Möglichkeit beschleunigt, um möglichst einen Einheitspreis zu bekommen. Ferner verkaufen wir Strom bis zur Höhe eines Monatsbedarfs zu obigen Preisen im Voraus; die Zahlung hierfür hat jedoch jeweils vormittags auf unserem Büro zu erfolgen, damit wir nach am gleichen Tage das Geld weitergeben können. Für Lieferverträge auf unser Bank- oder Postcheckkonto können wir den Vortagskurs nur dann zugestehen, wenn uns die Zahlung sofort mündlich od. telefonisch mitgeteilt wird. Das entspricht Preisen von mehr als 6 Milliarden die R.W.St. Im Gemeinderat war man sich einig, daß dieser scharfe Uebergang zur Goldwährung im Augenblick nicht tragbar ist und in den langwierigen Verhandlungen mit dem Werkbesitzer einigte man sich zu folgender Preisstellung: Als Umrechnungsfaktors gilt der Durchschnitt des Berliner Biesturzes in den letzten 14 Tagen, wonach 1 Goldmark mit 4,3 Milliarden bewertet wird. Eine Licht-R.W.St. kostet dann 1,72 und eine Kraft-R.W.St. 1,29 Milliarden Mark. Zu diesem Preis nimmt das Werk noch im Laufe dieser Woche (bis Samstag Mittag 12 Uhr) Vorauszahlungen an, während Vorauszahlungen in den folgenden Wochen zum jeweiligen Mittelwert der letzten fünf Wochen berechnet werden. Näheres i. Anschlagtafeln.

Leider ist die Stadt, so ungern sie es macht, durch den wieder eingetretenen Bargeldmangel gezwungen, Geldscheine zu 10 und 20 Milliarden Mark auszugeben. — Die Oberpostdirektion teilt mit, daß sie leider gezwungen sei, die Autolinie Magd.—Halterbach auf 1. Nov. einzustellen, wenn nicht von Seiten der beteiligten Gemeinden wesentliche Subventionen bezahlt werden. Dies kann leider nicht geschehen. — Gegen einen Veranda-Anbau des Schmiedemeisters Zbeurer hat die Stadt als Eigentümerin von Ostweg 29 — Querstraße — nichts einzuwenden. — Der Milchpreis beträgt vom 24.—26. Okt. beim Erzeuger 200 Millionen Mark das Liter, an der Ausgabe stelle 270 Millionen Mark. — Die Fahrwerksbesitzer verlangen nun auch Entlohnung auf Goldmarkbasis — 1,2 Goldmark für die Stunde —, da sie ihre Handwerker alle (Schmiede, Wagner etc.) auch nach Goldmark bezahlen müßten. Voraussetzung ist aber, daß jeweils sofort Rechnung eingereicht wird, da nur zum Tageskurs der Leistung bezahlt werden kann. — Auch sonst sollen Handwerker und Geschäftsleute zur sofortigen Rechnungsvorlage von Arbeiten und Lieferungen aller Art aufgefordert werden, da die Stadt im Falle verspäteter Einreichung unmöglich für die Geldentwertung aufkommen kann. — Bürgerrechtsaufnahmen, wobei zu bemerken ist, daß das Eintragsgeld demnachst nach Goldmark erhoben wird, Wohnungsfragen, Lebensmittelfragen, persönliche Auseinandersetzungen in Bezug auf das leibige Kapitel des Auswählens u. a. schlossen sich wieder an, die in Form und Ton recht bedauerlich waren. Man hofft zuverlässlich, daß die Ära des Eintragsgeldes endgültig vorbei ist, da sonst allmählich eine Dantonisierung der Gesamtbelange der Stadt zu befürchten wäre. Schließlich hat die Bürgerschaft einen Anspruch darauf, daß das Gemeinwohl der Stadt im Vordergrund steht, das aber unter persönlicher Aufsicht selbstverständlich notleidet.

Der Hundertmilliardenschein wird in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen.

Das Kündigungsrecht beim Fernsprecher. Das Fernsprechtariffgesetz enthält bei Gebührenerhöhungen auf Grund einer Schlüsselzahl kein außergewöhnliches Kündigungsrecht für die Anschließer. Die Reichspostverwaltung hat eingesehen, daß dies gegenüber den Fernsprechnutzern eine Ungerechtigkeit ist, und es soll künftig eine Kündigung des Anschlusses auch ohne Einhaltung der Frist auf jedes Kalendermonatsende auf Antrag ermöglicht werden, wenn der Teilnehmer infolge der Wirtschaftslage außerstande ist, die erhöhten Fernsprechtgebühren zu zahlen.

Eine Milliarde — 10 Pfennig. Wer erinnert sich nicht noch des Schreckens, als es hieß, die Mark ist nur noch den zehnten Teil, 10 Pfennig wert! Nur die Schieber und Wucherer hatten ihre Freude dran. Das war Ende 1919! Als dann die Mark weiter und weiter hinabsinkt und ein Tausendmarktschein nicht mehr galt als früher ein einfacher „Ridel“, etwa Mitte 1922, war des Entsetzens kein Ende. Die Ersparnisse aus guter alter Zeit waren fast ganz entwertet, reiche Leute fingen an zu darben und zu verelenden. Die Schieber und Spekulanten kauften sich „Verbindlichkeiten“ aller Art. „Bankhäuser schossen wie Wölfe aus der Erde. Heute ist die Milliarde dran; die New Yorker Börse bewertete am 23. Oktober die Milliarde Mark umgerechnet mit 10 alten Goldpfennigen. Die Sparvermögen sind verdammt, was an kleinem Besitz in Betrieben usw. noch vorhanden ist, laugen die sogenannten Notkuevern vollends auf. Die Geldlöhner und Löhne können nicht mehr bezahlt werden; ein Papierchein, der heute noch einen gewissen Wert hatte, ist morgen um mindestens die Hälfte entwertet. Notwendige Lebensmittel sind unerschwinglich. Hunger und Kummer sehen aus den Augen. Und nie hat es, trotz Ruhrsteuer, so viel Luxuswagen, Motorräder usw. gegeben, wie sind die Banken und Börsen besser besucht und lohnender gewes als heute. Es muß doch wohl ein Zusammenhang sein zwischen der Politik, dem Markkurs, dem Volkselend und der Schieber- und Spekulantenerte.

Inzwischen ist die Mark weiter um fast die Hälfte entwertet worden.

Eine Bank in Göttingen lieferte dieser Tage einen großen Handkarron voll Papiergeld bis einschließlich 5000 M. an eine dortige Pappengroßhandlung als Altpapier ab. Die Kaufkraft, d. h. der Nominalwert der Sendung, die im ganzen 106 Kilogramm wog, beträgt 40 Millionen 457 Tausend Mark, während der ausgezahlte Altpapierwert sich auf drei Milliarden 28 Millionen 471 Tausend Mark stellte. — So geht es bei 50 000-M.-Schein in kurzer Zeit der Altpapierwert größer als der aufgedruckte Wert.

Abzugszahlung an die Staatsbeamten. An Stelle der für das vierte Monatsviertel abgegebenen Beträge sind zu zahlen: an Orten ohne Bril. Sonderzuschlag das 76 000fache, mit örtlichem Sonderzuschlag nach der 1. Stufe das 76 760fache, nach der 2. Stufe das 78 600fache, nach der 3. Stufe (Stuttgart) das 80 560fache, nach der 4. Stufe (München) das 82 460fache, nach der 7. Stufe (Berlin) das 87 780fache der Grundbesitze.

Erwerbslofenfürsorge. Laut Anordnung des württembergischen Arbeitsministeriums ist bei der Erwerbslofenfürsorge der Vorschub in der laufenden Woche nicht in einfacher, sondern in doppelter Höhe des Unterstützungsbeitrags der Vormoche zu gewähren.

Der Goldfranken wird im Auslandspostverkehr ab 23. Oktober zu 8,9 Milliarden Papiermark berechnet.

Geldrechnung im Postverkehr. Wie die Expreskorrespondenz erzählt, beabsichtigt der Reichspostminister alsbald im Postverkehr auf die Goldbasis überzugehen. Die Vorbereitungen sind so weit abgeschlossen, daß bereits am 1. November bei den Postfachämtern die Geldrechnung eingeführt werden kann.

Die Schlüsselzahl für Anzeigen. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für die Anzeigen mit Wirkung vom 23. Oktober ab auf 12 Millionen festgelegt.

Die Richtzahl im Buchdruckgewerbe beträgt ab 24. Okt. 600 (300) Millionen.

Die Großhandelsindexziffer vom Schlag 23. Oktober ergibt das 14,6 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Steigerung gegenüber dem 16. Oktober (1093 Millionen) 1237 Prozent. Der Dollar ist in dieser Zeit von 4,11 auf 56 Milliarden oder um 1266 Prozent gestiegen. Der Goldstand der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) ist somit um ein Beringes von 3,9 Gold auf 109,5 Gold zurückgegangen. Lebensmittel stiegen im Großhandel von 1263 auf 1342 Proz. auf das 9,8 Milliardenfache, Industriestoffe um 1210 Proz. auf das 21,5 Milliardenfache, Einfuhrwaren um 1472 Proz. auf das 19,4 Milliardenfache und Inlandwaren um 1256 Proz. auf das 13,6 Milliardenfache.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt für den 22. Oktober das 3045 Millionenfache der Vorkriegszeit gegenüber dem 691,9 Millionenfachen der Vorwoche. Die Steigerung erreicht somit 340 Prozent. Die vom 22. Oktober an eingetretene scharfe Entwertung der Mark kommt aber in der angegebenen Indexziffer noch nicht zum Ausdruck. Die Indexziffer der nächsten Woche wird daher eine außerordentliche Anspannung aufweisen.

Oesterreichische Spende. Die Vereinigung der Wiener Banken beschloß, zur Linderung der Not in Deutschland 2 Milliarden Kronen zu spenden.

Unter dem Vorsth des Generals Allen des früheren Befehlshabers der amerikanischen Besetzungstruppen, hat sich in Neuyork ein Ausschuß gebildet zur Beschaffung von Lebensmitteln, die wiederum durch die Quäker in Deutschland verteilt werden sollen.

Altensteig. Gemeinderatsitzung vom 19. Okt. Zur Beratung steht die Festsetzung der Steuervorauszahlungen für 1923. Nach Verschiebung über die in den letzten Monaten grundlegend geänderten württ. Steuergesetze, insbesondere über das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz und der hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen wurde der Gemeindevorstand für das Rechnungsjahr 1923 vorläufig auf 20% festgesetzt und die sich demnach errechneten Beträge der Vorauszahlungen auf das 200fache für das erste Halbjahr (1. April bis 30. September 1923) und auf das 4000fache für jeden weiteren Monat des Rest des Rechnungsjahres der Steuerbeträge des Vorjahres bestimmt. Die verfallenen

Beträge für die Monate April bis November 1923 sind bis spätestens 8. November an die Stadtpflege zu entrichten. Für verspätet geleistete Zahlungen werden Aufwertungszuschläge erhoben. Die Frage der Erhebung einer Grundsteuer, eines Zuschlags zur Grunderwerbsteuer und der Grunderwerbsteuer im abgelaufenen Höchstbetrag zur Vermeidung von Abzügen an der Ueberweisung der Gemeindefürsorge an der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch den Staat wurde zurückgestellt bis die Ausschüsse an den Anteilen der Stadtgemeinde an den genannten Reichsteuern bekannt sind.

An Wasserzins wird ab 1. April 1923 5000 M je cbm erhoben und der vierteljährliche Mindestbetrag für eine Familie auf 50 000 M festgelegt. Dem gesunkenen Geldwert werden die Begrüßungsgebühren, die Schlachthaus- und Fleischbeschaugebühren, die Waggengebühren für die städtische Bodenbrückenwaage und die Krankenhauseinweisungsgelder sowie die Ausschließgebühren angepasst. Die Lage für Gräberkäufe wurde auf den einmillionenfachen Betrag der Vorkriegszeit erhöht. — Dem Besuch des Polizeiwachmeisters Gengenbach um Zurücksetzung wird entsprochen und Schumann Hartmann zum Polizeiwachmeister ernannt. Die erledigte Schumannstelle wurde dem Maurergehilfen Friedrich Schalte hier übertragen. — Der Personenverkehr auf den beiden Kraftpostlinien Altensteig-Dornstetten und Altensteig-Stummersfeld wird ab 1. Nov. d. J. eingeschränkt, da sich weder die beteiligte Amtskörperschaft Nagold noch die Stadtgemeinde zur Uebernahme des der Postverwaltung entstehenden Betriebsabmangels verpflichten können. Die Nachmittagsfahrten auf beiden Linien werden künftig noch ausgeführt.

## Handelsnachrichten

Dollarkurs am 25. Okt. 65 162 500 000 (63 157 500 000). Höchster Stand 1 Dollar 117,65 Milliarden, 1 Pfd. Sterling 500 Milliarden.

Der Wert von 1 Milliarde Mark in Pfennigen am 23. Okt. in Holland 8, Belgien 30, Norwegen 13, Dänemark 12, Schweden 8, Italien 3, London 8, Neuyork 7, Paris 25, Schweiz 8, Spanien 11. Goldkaufpreis der Reichsbank am 24. Okt. 258 901 120 000 Papiermark für ein Zwanzigmilogramm.

Merksätze. Reichsbankdiskont 90 Prozent. — Goldfranken 2,8 Milliarden. — Steuerumrechnungsatz 1,5 Milliarden. — Buchhandelsindexziffer 16 Milliarden. — Buchdruckschlüsselzahl 600 Millionen.

Monopolalkoholsteuern. Mit Wirkung ab 24. Oktober beträgt der Verkaufspreis für Monopolalkoholsteuern mit einem Weingeistgehalt von 35 Alkohol. 3,25 Goldmark, mit 40 Alkohol. 3,50 Goldmark, mit 45 Alkohol. 3,75 Goldmark je Flasche von 1/2 Liter Inhalt.

Der Personenverkehr auf der Eisenbahn ist infolge der tiefen Frohtemperaturen in letzter Zeit um 60 Prozent unter den gewöhnlichen Stand gesunken. Der Güterverkehr, der um die Hälfte zurückgegangen war, hat wegen des Kartoffelverkaufs den Durchschnittsstand wieder erreicht, während er im Herbst der Vorjahre diesen um etwa 300 Prozent übertraffen hatte.

Waldholzung. Der schwedische Waldholzung hat eine Verbindung mit dem amerikanischen Truht Rodefellers, der International Wood Corporation, eingegangen mit einem Aktienkapital von 28 Millionen Dollar, wovon der Rodefeller-Truht mehr als die Hälfte übernimmt und dafür den größeren Teil seiner Beteiligung an ausländischen Waldholzungsgesellschaften dem neuen Truht überläßt. Mit dem restlichen Teil der Aktien werden die Rodefelleranteile an den Waldholzungsbetrieben in Kanada, Südamerika, Japan, China und in einigen europäischen Ländern außer Schweden erworben. In den Aufschicht tritt der Zuckerbetriebsführer Havemann ein. Es bildet sich somit ein Welttrug, der in absehbarer Zeit den Markt wichtiger Bedarfsartikel beherrschen wird. Die

Bestellt den „Gesellschafter!“

Rodefeller-Gruppe beherrscht bekanntlich den größten Teil des Getreidemarkts.

Stuttgarter Landesproduktionsbörse. 25. Okt. Preise in Milliarden für 100 kg: Weizen 230—250, Roggen 220—230, Sommergerste 200—220, Hafer 160—180, Raps —, Weizenmehl Nr. 0 500—540, Weizenmehl 450—480, Mele 70—80, Weizenklein 35—45, Kleben 45—55, Stroh, drahtgepr. 35—45.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen. 24. Okt. Preise in M. Pf. je Pfund. Butter niedrigster Preis 12 500 (17. Okt. 650), höchster Preis 15 000 (1000), konsumreife Weichkäse niedrigster Preis 600 (150), höchster Preis 750 (175), konsumreife Hartkäse niedrigster Preis 1000 (500), höchster Preis 1300 (480).

Veitliner Getreidepreise am 25. Okt. in Milliarden für d. Str.: Weizen 118—120, Roggen 100—109, Gerste 98—100, Hafer 83 bis 84,5, Weizenmehl 325—375, Roggenmehl 320—375, Mele 39—40.

Veitliner Festmarkt vom 24. Okt. Butter: Die Lage auf dem Buttermarkt sieht immer mehr zu. Die Zufuhren hören fast gänzlich auf, so daß bei härtester Konsumierung nur ein kleiner Teil der Bevölkerung spärlich mit Butter versorgt werden kann. Infolge der katastrophalen Geldentwertung mußten die Preise wieder scharf heraufgesetzt werden. Die heutige amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Großhändler und Erzeuger, Frucht und Gebinde zu Lasten der Käufer, war je Pfund 1. Sorte 13 Ma. Mk. — Margarine: Keine Nachfrage bei ansehnlichem Angebot. — Schmalz: Die Tendenz der amerikanischen Fettwarenmärkte ist bei steigenden Preisen fest. Bezeichnung durch die Deutschen gingen die Preise hier weiter sprunghaft in die Höhe. Die Konsumnachfrage blieb lebhaft. — Speck: Gute Nachfrage bei knappem Angebot. Die Preise zogen infolge der Devisensteigerung scharf an.

## Märkte

Stuttgart, 25. Okt. Innerhalb steigende Preise auf dem Schlachtlebmarkt. Dem Donnerstagmarkt waren zugeführt: 29 Ochsen, 24 Bullen, 100 Jungkälber, 84 Jungstiere, 173 Kühe, 27 Kälber, 77 Schweine, 41 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebensgewicht in Milliarden: Ochsen 1. Güte 2,5 bis 2,8 (letzter Markt: 1,9 bis 2), 2. Güte 1,8 bis 2,3 (1,5 bis 1,8); Bullen 1. Güte 2,4 bis 2,5 (1,8 bis 1,9), 2. Güte 1,6 bis 2,1 (1,5 bis 1,8); Jungkälber 1. Güte 2,5 bis 2,8 (1,9 bis 2), 2. Güte 2,2 bis 2,4 (1,7 bis 1,9), 3. Güte 1,6 bis 2 (1,4 bis 1,7); Kühe 1. Güte 1,9 bis 2,1 (1,6 bis 1,75), 2. Güte 1,4 bis 1,8 (1,4 bis 1,6), 3. Güte 1 bis 1,3 (0,9 bis 1,2); Kälber 1. Güte 3,5 (2,2), 2. Güte 2,8 bis 3,2 (1,9 bis 2), 3. Güte 2,5 bis 2,7 (1,6 bis 1,8); Schweine 1. Güte 4 (3,6 bis 4), 2. Güte 3,5 bis 3,8 (3,3 bis 3,5). Verkauf bei Marktes: bei Schweinen und Kälbern lebhaft, bei Großvieh mäßig belebt.

Zellulose. 24. Okt. Hopsen. Im Hopfenhandel wurden gestern Preise bis zu 1200 Milliarden bezahlt.

## Devisenkurse

Berlin	24. Oktober		25. Oktober	
	Geld	Debit	Geld	Debit
olland	24538500000	24615000000	24538500000	24615000000
elgien	3112000000	3127800000	31321500000	31448500000
ormwegen	9575750000	9724250000	9675750000	9724250000
änemark	10372750000	10927500000	10972500000	11027500000
chweden	16588500000	16641500000	16588500000	16641500000
alien	2793000000	2807000000	2793000000	2807000000
ondon	2842875000000	2857125000000	2 42875000000	2857125000000
enepork	62842500000	63157500000	64837500000	65162500000
arisi	3650850000	3669150000	3670800000	3689300000
chwelz	11271750000	11326250000	11271750000	11326250000
panien	8379000000	8421000000	8379000000	8421000000
.-Oesterri	887775	892225	887775	892225
rag	18753000000	18847000000	18753000000	18847000000
ngarn	3491205	3508750	3491205	3508750
rgentin.	18551000000	19047500000	19950000000	20050000000
ohio	30922500000	31077500000	30922500000	31077500000

## Das Wetter

Die Stürme dauern an. Am Samstag und Sonntag ist ein vorübergehender Besserung in der Hauptsache trübes und windiges Wetter zu erwarten.

## Künstliche Bekanntmachung.

Raminsegergebühren. Die Gebühren der Raminseger werden mit Wirkung vom 23. Oktober 1923 ab bis auf Weiteres auf das 335 Millionenfache der Festsetzung vom 1. Juli 1919 (Staatsanz. Nr. 24 vom Jahre 1921) bestimmt. Umsatzsteuer darf noch besonders angerechnet werden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Raminseger, die nach den Termnen, von denen ab jeweils die Gebühren erhöht wurden, Reinigungsarbeiten vorgenommen haben und solche noch zu den früher geltenden Gebühren berechnet haben, berechnigt sind den Unterschiedsbetrag zwischen den niederen und den neu festgesetzten Gebühren nachzugeben.

Nagold, den 25. Oktober 1923.  
925 Oberamt: Mü n g.

Jeden Samstag  
Frucht-, Obst- und Gemüse-Markt.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Concerts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Fahrkarten, Fahrlagtaschen, Anklebdrücken, Programme, Visiten, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Kränzebriefe, Kränzebriefchen, Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen.

Sie werden vorzüglich und preiswert bedient in der „Gesellschafter“-Druckerei in allen Arten von

Drucksachen!

Von morgen nachmittags 2 Uhr ab verkaufe ich

schöne Oberländer Schweine.



Chr. Kienle, Nagold.

Ein schönes Geschenk ist eine

Taschenbibel.

Große Auswahl bei G. W. Zaiser, Nagold.

Kleinwuchs  
Nationalen Witzblatt

Seit dem Jahre 1848 lacht der Kladderadatsch über die Dummheit und Schwächen der Zeitgenossen und kämpft lächelndes Antlitzes mit den Waffen des Humors und der Satire d. h. mit Feder und Zeichenstift gegen alles Faule auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete. Jede einzelne Nummer trägt zu einer im Spiegel der Karikatur und Satire gesehenen Chronik der Weltereignisse bei.

Probenummern und Bestellungen durch G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Wobachs Frauen- und Moden-Zeitung  
25. Jahrgang der „Sonntags-Zeitung für Deutsche Haus“

Probenummern kostenlos. Bestellungen nimmt jederzeit entgegen G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Alle Farben, Lacke, Oele, Pinsel, Mattierungen, Polituren, Beizen, Leim, Glaspapier, usw. kaufen Sie am besten im Spezialgeschäft bei K. Ungerer 1520 Nagold Telefon Nr. 4

Nagold. 924 Löwenlichtspiele. Samstag abend 8 Uhr Sonntag 2.15, 4.30, 8

Der Diamanten-Räuber

Spannendes Schauspiel in 5 Akten aus den Diamantenfeldern Afrikas sowie

Die Nacht der Prüfung Drama in 6 Akten

Inferate

müssen bei der fortschreitenden Geldentwertung entweder sofort bei Aufgabe oder sofort bei Rechnungserteilung bezahlt werden, andernfalls der zur Zeit der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht werden muß.

Verlag „Der Gesellschafter“



Ersparnis

bringen

Mey's Kragen

mit feinem Wäscheatoff

x

Elegant Hygienisch

Keine Wäsche-Plättkosten

x

Hauptverkaufsstelle: G. W. Zaiser Nagold, 726

